

Tätigkeitsbericht der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern für die Jahre 2024 & 2025

Der Bericht knüpft an den letzten Tätigkeitsbericht für das Jahr 2023, veröffentlicht in ZJJ 1/2024, S. 79 an.

Im Jahr 2024 wurden zwei Fortbildungsveranstaltungen angeboten.

Die Frühjahrsveranstaltung fand am 24.04.2024 in den Räumen der Staatsanwaltschaft Rostock statt. Thema war „Drogenpolitik und Suchtprävention: Implikationen der aktuellen Drogengesetzgebung für die Jugendkriminalrechtspflege sowie aktuelle Entwicklungen der Jugendkriminalität im Hell- und Dunkelfeld“.

Das einleitende Grundsatzreferat zur aktuellen Drogengesetzgebung zur Teilentkriminalisierung von Cannabis und Implikationen für die Jugendkriminalrechtspflege hielt Akad. Rat, Rechtsanwalt Dr. Sebastian Sobota, Universität Mainz. Dr.in Xenia Schmidt-Esse, Landeskriminalamt MV, Dezernatsleiterin Polizeiliche Prävention, referierte zur Drogenprävention und -kontrolle aus polizeilicher Sicht. Es folgten Kurzbeiträge zur neuen Drogengesetzgebung aus der Sicht der Strafverteidigung (RAin Verina Speckin, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Landesgruppe MV der DVJJ) und zur Drogenprävention im Strafvollzug und in der Jugendhilfe (Lars Bieback, Fachdienst Suchthilfe der Caritas Rostock und Caroline Klatt, Drogenkontaktladen, Streetworkerin, Rostock).

Der Nachmittag war der Entwicklung der Jugendkriminalität gewidmet. Prof. Dr. Thomas Bliesener, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Hannover, berichtete über die aktuelle Entwicklung der Jugendkriminalität im Hell- und Dunkelfeld in Deutschland, Josephine Hahn, Landeskriminalamt MV, Dezernatsleiterin Auswertung/Polizeiliche Kriminalstatistik, über die Entwicklung der registrierten Jugendkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern.

Beide Veranstaltungsteile fanden großen Anklang bei den insgesamt 55 Teilnehmenden und wurden lebhaft diskutiert.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde nach dem Ausscheiden von zwei Vorstandsmitgliedern (Judith Treig und Jan-Carl Janssen), die aus beruflichen Gründen nach Freiburg i. Br. umgezogen sind, Frank Beese, Gemeinschaft für soziale Therapie und Pädagogik Luisenstr. e.V., Rostock, in den Vorstand nachgewählt, um die in der Satzung vorgesehene Mindestzahl von sieben Vorstandsmitgliedern zu erreichen.

Eine zweite Fortbildungsveranstaltung fand am 04.11.2024 in der JVA Bützow zum Thema „Familienfreundliche Vollzugsgestaltung und Kontakte von Kindern zu ihren inhaftierten Eltern“ statt. Dr. Christoph Thiele, stellvertr. Anstaltsleiter der JVA Bützow stellte Konzepte der familienfreundlichen Vollzugsgestaltung in Deutschland und die maßgeblich von ihm initiierten und implementierten konkreten Ausgestaltungen in der JVA Bützow vor. Judith Feige, Deutsches Institut für Menschenrechte (DIM), Berlin, referierte zum Thema „Kontakt von Kindern zu ihren inhaftierten Eltern – Einblicke in den deutschen Justizvollzug“ auf der Basis einer vom DIM veröffentlichten aktuellen Studie. Frank Beese, Gemeinschaft für soziale Therapie und Pädagogik Luisenstr. e.V., Rostock, berichtete über „Kinder von Inhaftierten in Mecklenburg-Vorpommern – Jugendhilferechtliche Aspekte und Entwicklungen nach dem Beschluss der Justizministerkonferenz von 2018“.

Da die JVA Bützow auch zuständig ist für den Frauenvollzug in Mecklenburg-Vorpommern, der grundlegend derzeit neugestaltet werden soll, stellte Laura Janke, JVA Bützow, Vollzugsleiterin Abteilung Frauenstrafvollzug, am Nachmittag „Überlegungen und Konzeption eines zeitgemäßen Frauenstrafvollzugs“ vor. Christoph Thiele und seine Mitarbeitenden führten die Teilnehmenden durch die verschiedenen Abteilungen der JVA Bützow, einschließlich der seinerzeit in der Endphase des Neubaus befindlichen Frauenvollzugsabteilung. Besonders beeindruckend war die sich anschließende Gesprächsrunde aller 35 Teilnehmenden der Tagung mit Gefangenen zu ihren Kontaktmöglichkeiten mit Kindern und Partnern bzw. Partnerinnen.

In der Mitgliederversammlung wurde der Vorstand turnusgemäß neu gewählt. Der gesamte bisherige Vorstand und zwei neue Mitglieder (Marie-Christin Lehm, stellvertr. Leiterin der JVA Neustrelitz, und Anne Groth, KGH Ludwigslust) wurden einstimmig gewählt.

Der Vorstand der Landesgruppe M-V setzt sich damit wie folgt zusammen:

- Frieder Dünkel, emeritierter Hochschullehrer, Universität Greifswald, Vorsitzender,
- Verina Speckin, Rechtsanwältin, Rostock, 1. Stellvertreterin,
- Prof. Dr. Stefan Harrendorf, Universität Greifswald, 2. Stellvertreter,
- Uli Görn, ehemals KGH Ludwigslust, Schriftführer,
- Florian Meier, Doktorand, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Universität Greifswald, Kassenführer,
- Frank Beese, Gemeinschaft für soziale Therapie und Pädagogik Luisenstr. e.V., Rostock, Beisitzer
- Steffen Bischof, JVA Neustrelitz, Beisitzer,
- Anne Groth, KGH Ludwigslust, Beisitzerin,
- Marie-Christin Lehm, stellvertr. Leiterin der JVA Neustrelitz, Beisitzerin.

Bußgeldzuweisungen haben wir in den beiden Berichtsjahren keine erhalten, daher haben wir bzgl. Fortbildungsveranstaltungen die Praxis fortgeführt, von Nichtmitgliedern der DVJJ einen Tagungsbeitrag (30,00 €) zu verlangen, um die Kosten für Referierende und die Verpflegung wenigstens teilweise zu decken.

Die Mitgliederzahl blieb unverändert (2025: 26), wir haben weiterhin aber vermehrt Nicht-Mitglieder vor allem aus den Staatsanwaltschaften, die mit Unterstützung der Generalstaatsanwaltschaft regelmäßig an unseren Veranstaltungen teilnehmen.

Im Jahr 2025 gelang es uns aus terminlichen Gründen nicht, die übliche Frühjahrstagung rechtzeitig zu organisieren. Am 20. November 2025 fand eine Fortbildungstagung zu den Themen „Digitale Lebenswelten junger Menschen und Jugenddelinquenz, Mobile Jugendarbeit in ländlichen Regionen und Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung der Justizvollzugsgesetze in M-V“ in den Räumen der Staatsanwaltschaft Rostock statt. Nach einem Einleitungsreferat des Vorsitzenden der Regionalgruppe M-V über „Zahlen, Daten, Fakten zur Jugenddelinquenz im Kontext von Digitalisierung“ referierte Anne Roth, Referentin für Digitalpolitik, Fraktion Die Linke im Bundestag, zum Thema „Digitale Gewalt in den Lebenswelten Jugendlicher und digitalpolitische Überlegungen zur Prävention.“ Johannes Hiersche, Evangelische Suchtberatung Rostock, führte in das Thema „Mediensucht und problematische Nutzungsmuster“ ein.

Der Nachmittag stand im Zeichen zweier Themenbereiche: Zur Praxis der „Mobilen Jugendarbeit in strukturschwachen Regionen“ berichteten Frank Brückner, Aufsuchende Sozialarbeit, Kreisdiakonisches Werk über seine Tätigkeit in Stralsund und Fabian Gol, IB West-Mecklenburg, über

die Arbeit im Dorf Mecklenburg. Zu den Schwierigkeiten der Arbeit in ländlichen Räumen aus der Sicht der Jugendhilfe im Verfahren berichteten Anne Groth und Kerstin Tackmann, KGH Ludwigslust.

Der zweite Themenkomplex betraf den Entwurf der Landesregierung eines Gesetzes zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes M-V sowie weiterer Gesetze des Justizvollzuges, der sich im November im Stadium der Verbandsanhörung befand. Frieder Dünkel führte in das Gesetzesvorhaben ein und wies abgesehen von einigen positiven Neuerungen des Jugendstrafvollzugsgesetzes auf kritische Punkte hin, die er in seiner gutachtlichen Stellungnahme für die DVJJ-Landesgruppe M-V detailliert ausgeführt hat. Florian Meier ergänzte den Vortrag mit einer Analyse des Urteils des BVerfG zur Verfassungswidrigkeit der Arbeitsentlohnung von Strafgefangenen (vgl. BVerfG vom 20.6.2023, 2 BvR 166/16, 2 BvR 1683/17 = BVerfG NJW 2023, S. 2405), das einer der Anlässe zu den vorliegenden Gesetzesentwürfen war. Das Gutachten ist auf der Internetseite der DVJJ-Landesgruppe zugänglich.

Die Veranstaltung war mit 32 Anmeldungen gut besucht. Die Teilnehmenden kamen hauptsächlich aus den Bereichen der Jugendhilfe, Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft. Mit der Generalstaatsanwaltschaft des Landes besteht eine Übereinkunft, dass die Fortbildungsveranstaltungen der DVJJ als Fortbildung anerkannt werden.

Greifswald, den 03.12.2025

Frieder Dünkel